

MICHAEL MÜLLER
PETER BRANDT
REINER BRAUN

**SELBST-
VERNICHTUNG
ODER
GEMEINSAME
SICHERHEIT?**

Unser Jahrzehnt der Extreme:
Ukraine-Krieg und Klimakrise

WESTEND

Michael Müller
Peter Brandt
Reiner Braun

Selbstvernichtung oder Gemeinsame Sicherheit

Unser Jahrzehnt der Extreme:
Ukraine-Krieg und Klimakrise

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-86489-389-6

© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2022

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Satz: Publikations Atelier, Dreieich

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

*»Es gilt sich gegen den Strom zu stellen, wenn dieser sich
wieder einmal ein falsches Bett zu graben versuchte.«*

Willy Brandt

Inhalt

Einleitung	9
I. Krieg in der Ukraine – Aufriss und Einordnung	17
Ein Wendepunkt in Europa	17
Der Krieg hat eine Vorgeschichte	41
Die Hoffnung auf gemeinsame Sicherheit wurde enttäuscht	56
Meinungen	60
II. Ein Plan für den Frieden: Die Selbstbehauptung Europas	79
Wer stoppt die Eskalation?	79
Die Charta von Paris für ein neues Europa	93
Die Rolle der Nato – das Konzept 2030	95
Meinungen	99
III. Die Welt am Rande des Friedens	111
Die doppelte Gefahr der Selbstvernichtung	111
Kippunkte rücken schnell näher	117
Klimakrise spitzt neue Kriegsgefahren zu	119
Meinungen	124
IV. Gemeinsame Sicherheit 2022	143
Das Versprechen der UNO	143
Der Palme-Bericht II –	
Hoffnung auf eine friedliche Welt	148
Meinungen	153
Anmerkungen	167

Einleitung

In der Nacht zum 24. Februar 2022 befahl der russische Präsident Wladimir Putin den Angriff auf die Ukraine. Der erste große Krieg des 21. Jahrhunderts auf dem europäischen Kontinent, der unter dem Atomschirm Russlands stattfindet. Zumindest anfangs war die Ukraine bei den Streitkräften zahlenmäßig überlegen, während bei Russland von einer anhaltenden Luftüberlegenheit und hohen Feuerkraft auszugehen ist. Die Erwartung Moskaus, die Ukraine schnell zu besiegen, hat sich nicht erfüllt, stattdessen entwickelte sich ein schrecklicher Stellungs- und Zermürbungskrieg. Zivilisten werden Opfer von Kriegsverbrechen. Der Krieg hinterlässt tiefe Spuren der Zerstörung und Verletzung. Internationale Einschätzungen sehen die Chancen für einen Waffenstillstand erst für das Ende des Jahres 2022 oder gar Anfang 2023. Doch, das steht schon fest, es kann keinen Gewinner geben, nur ein in weiten Teilen zerstörtes Land voller Trauer, Hass und Wut seiner Bewohner.

Der Krieg hat eine längere und komplizierte Vorgeschichte, sowohl national als auch international. Die Ukraine ist kein längerfristig gefestigtes Staatswesen, sondern ein Land mit höchst unterschiedlichen Ausrichtungen, Bindungen und Hoffnungen. Es hat eine komplexe Geschichte und eine polyethnische Zusammensetzung der Bevölkerung. Beides ist eng mit Russland verbunden, was in der vorherrschenden Berichterstattung meist verdrängt wird. Diese Verflechtungen und die strategische Bedeu-

tung des Landes für Nahrungsmittel und als Brücke zwischen Ost und West sowie die Fehler und Enttäuschungen nach dem historischen Jahr 1989 gehören dazu, den Krieg und seine Wucht zu verstehen. »Verstehen« heißt dabei nicht im emphatischen Sinne dafür »Verständnis zu haben«, was Putin anrichtet und welche Folgen das für die beiden Länder und die Ordnung der Welt hat. Politiker sollten nicht für ihre Entrüstungsbereitschaft gewählt werden, sondern für ihre Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge zu erkennen, Spielräume realistisch zu bewerten und Lösungen zu entwickeln, die in Europa auch über das Regime Putin hinausweisen. Nichts wäre schlimmer als auf Dauer eine Feindschaft Deutschlands mit Russland, dem größten bzw. ressourcenreichsten Land Europas.

Der Konflikt zwischen Ost und West lebte nach den historischen Jahren 1989–1991, als die Zweiteilung der Welt zu Ende ging, die Sowjetunion auf Russland reduziert wurde und deutlich an Einfluss verlor, in der Ukraine neu auf. Er wurde mit der Maidan-Revolution von 2013/2014 zugespitzt, als es nach der letztendlichen Ablehnung des EU-Assoziierungsantrages durch das zweite Kabinett Mykola Asarow (Partei der Regionen) vom 29.11.2013 bis Februar 2014 vor allem in Kiew zu prowestlichen Massenprotesten auf dem Platz der Unabhängigkeit (Euromaidan) kam. Dabei gewannen auch rechtsnationalistische Kräfte einen Einfluss, und die Bewegung wurde von westlichen Organisationen in einem erheblichen Ausmaß unterstützt. Die Forderungen der Demonstranten waren die Amtsenthebung von Präsident Wiktor Janukowytsch, eine vorzeitige Präsidentschaftswahl und die Unterzeichnung des ausgehandelten EU-Vertrages.

Im Dezember 2013 intensivierten sich die Proteste. Am 08.12. demonstrierten bis zu eine Million Menschen auf dem Maidan. Die Spezialeinheit »Berkut« reagierte mit brutalen Einsätzen. Am 18. Februar 2014 spitzte sich der Konflikt weiter zu, mehr als 100 Todesopfer wurden beklagt. Der Präsident flüchtete nach Russland,

die Regierung trat zurück. Gegen die Verfassung und auch entgegen einer Vereinbarung westlicher Außenminister wurde durch Intervention der USA eine neue Staatsspitze eingesetzt. Oleksandr Turtschynow wurde Übergangspräsident, Arsenij Jazenjuk bildete eine Übergangsregierung, der auch Vertreter von »Swoboda« angehörten, einer nationalistischen, rechtsradikalen Partei. Die Diskriminierung linker oppositioneller Kräfte nahm zu. Gleichzeitig verlor Russland deutlich an Einfluss in der Ukraine.

Ende Februar 2014 reagierte Russland auf die wachsenden Proteste der lokalen, überwiegend russischen Bevölkerung in der Ostukraine und der Krim gegen den Maidan in Kiew mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim. Bewaffnete Kräfte besetzten das Regionalparlament und drückten ein Referendum durch, bei dem sich nach offiziellen Angaben 96 Prozent der Bevölkerung der Krim für einen Beitritt zur Russischen Föderation aussprachen, die dann am 21.03.2014 erfolgte. In den beiden östlichen Oblasten der Ukraine Donezk und Luhansk nahm die Gewalt zu, es begannen bewaffnete Konflikte.

2014 endete also die »Schaukelpolitik« der Ukraine zwischen Ost und West, immer deutlicher bildete sich die klare Orientierung auf den Westen heraus. Doch es blieb die innere Spaltung zwischen dem Norden und Westen des Landes gegen den stärker russisch orientierten Süden und Osten bestehen. Die Situation wurde auch geprägt von den divergierenden Interessen der Oligarchengruppen und einem hohen Ausmaß an Korruption.

In einem Beitrag für die *Washington Post* befürchtete Ex-US-Außenminister Henry Kissinger bereits 2014 die kommende Eskalation:

»Viel zu oft wurde die ukrainische Frage als Showdown dargestellt, ob sich die Ukraine dem Osten oder dem Westen anschließt. Doch wenn die Ukraine überleben und gedeihen soll, darf sie nicht der Vorposten der einen Seite gegen die andere sein – sie sollte als Brücke zwischen beiden Seiten fungieren.«¹

Und weiter heißt es:

»Der Westen muss verstehen, dass die Ukraine für Russland niemals nur ein fremdes Land sein kann. Die russische Geschichte begann in der sogenannten Kiewer Rus. Von dort aus begann die russische Religion. Große Teile der Ukraine waren seit Jahrhunderten Teil Russlands und die Geschichte der beiden Länder war schon vorher miteinander verflochten.«²

Seit 1990 breiteten sich EU und NATO immer weiter nach Osten aus, aus eigenen Interessen der früheren Ostblock-Länder, aber auch ermutigt von den USA insbesondere unter der Präsidentschaft von George H. W. Bush. Die alten Einflusszonen, die sich nach 1945 in Europa gebildet hatten und bis 1989 eine prekäre Stabilität zwischen Ost und West garantierten, verschoben sich. 1991 wurden der »Warschauer Vertrag für den militärischen Beistand« und der »Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe« (RGW) aufgelöst. Eine gesamteuropäische Friedensordnung wurde möglich, aber in Washington nicht gewollt.

Die Chancen für ein »Gemeinsames Haus Europa«, die sich 1990 im Schlussdokument der »Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« (KSZE), der *Charta von Paris für ein neues Europa*³, aufzutun schienen, haben sich schnell wieder zerschlagen. Die USA wollten keine neue paneuropäische Sicherheitsordnung unter Beteiligung Russlands, die EU allein war zu einer Verständigung nicht fähig, einige der Mitgliedsstaaten (Polen und die baltischen Staaten) wollten sie auch nicht. Damals warb vor allem der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher für die Vertiefung der Friedens- und Entspannungspolitik mit Russland.

Die beiden Minsker Abkommen für eine Befriedung der Ukraine scheiterten, wurden selbst von großen Teilen der Ukraine nicht gewollt. »Minsk I« war die Zusammenfassung der trilateralen Verhandlungsgruppe (bestehend aus Russland, der Ukraine und der OSZE) über einen Friedensplan von Wladimir Putin und dem damaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko vom 05.09.2014. Doch bereits am 28.09. flammten die Kämpfe neu